S 47 BA 76/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Sozialgericht München Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 47 BA 76/22 ER

Datum 12.05.2022

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Â

I. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage vom 19.04.2022 gegen den Bescheid vom 13.05.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.03.2022 wird abgelehnt.

- II. Der Antragsteller trĤgt die Kosten des Verfahren.
- III. Der Streitwert wird auf 5.728,00 Euro festgesetzt.

 $G r \tilde{A} \frac{1}{4} n d e$:

Ι.

Der Antragsteller begehrt die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage vom 19.04.2022 gegen den Bescheid vom 12.05.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.03.2022.

M. (im Folgenden H. M.) betrieb als Einzelunternehmer seit 17.11.1983 ein

Transport- und Umzugsunternehmen, das seit 01.03.2005 auch Haushaltsauflösungen und Entrümpelungen durchführte. Am 01.08.2016 hat der Antragsteller, der im Zeitraum von 2014 bis Juli 2016 im Unternehmen des H. M. beschäftigt war, von diesem sein Transport- und Umzugsunternehmen mit Mitarbeitern und Anlagegütern übernommen und führte das Unternehmen in den angemieteten Geschäftsräumen des H. M. fort. H. M. war â☐ nunmehr im Unternehmen des Antragstellers â☐ als Verkehrsleiter beschäftigt, der für den Antragsteller die Umzüge, Transporte und Räumungsarbeiten koordinierte. Daneben beschäftigte der Antragsteller keine Arbeitnehmer. H. M. stellte dem Antragsteller vermittelte Umzugsaufträge, den Einsatz von Lkwâ☐s, Tankkosten, Lagerungskosten, Entsorgungskosten und Kosten, die wegen des Entzuges einer Fahrerlaubnis entstanden sind in Rechnung. Der Antragsteller stellte H. M. seinerseits Abschlagszahlungen diverser Kunden für Umzüge, bezahlte Rechnungen für gezahlten Lohn, Mietkosten für Lkwâ☐s, Mietkosten für Wohnung und Umzugskartons in Rechnung.

Mit Anhörungsschreiben vom 25.02.2021 informierte die Antragsgegnerin den Antragsteller und

H. M. über ihre Absicht, festzustellen, dass für den Beigeladenen seit 01.08.2016 ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis als Verkehrsleiter gegen Arbeitsentgelt bestehe und Versicherungsfreiheit des H. M. in der Krankenversicherung, Versicherungsfreiheit in der Pflegeversicherung, Versicherungs- und Beitragspflicht in der Rentenversicherung sowie Versicherungs- und Beitragspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung bestehe.
H. M. sei nicht am Unternehmen beteiligt, also sei allein die Gestaltung der Tätigkeit für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung relevant. Ein Verkehrsleiter übernehme die Leitung der Verkehrstätigkeiten eines Unternehmens.

Daraufhin lieà der Antragsteller vortragen, bei der à bernahme des Unternehmens des H. M. sei ein Subunternehmer-Vertrag zwischen Antragsteller und H. M. geschlossen worden. Nach der Ä\(\text{Dernahme habe H. M. neben seiner T\text{A}\(\text{x}\)tigkeit im eigenen Unternehmen seine TÄxtigkeit beim Antragsteller fortfļhren wollen und â∏selbst Chef bleibenâ∏ wollen. Da der H. M. über die notwendigen Kenntnisse in dem Unternehmen verfļgt habe, vereinbarten Antragsteller und H. M., dass H. M. seine Kenntnisse weiterhin dem Antragsteller zur VerfÄ\(^4\)gung stelle und diese TÃxtigkeit selbstÃxndig und eigenverantwortlich beim Antragsteller fortführe. H. M. sollte sein eigenes Unternehmen fortführen und für seine Unterstützung des Unternehmens des Antragstellers einen monatlichen Betrag in HA¶he von 1800, â∏∏ Euro brutto erhalten. Damit solle alles abgegolten sein, insbesondere sämtliche Beiträge für die Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. H. M. habe diese BetrĤge selbst versteuert. Dieser sei weiterhin überwiegend in seinem eigenen Unternehmen selbständig tätig gewesen. Die TÄxtigkeit beim Antragsteller mit wĶchentlich 18 Stunden sei demgegenüber eine untergeordnete Tätigkeit. In der Folgezeit sei eine Art â□□Symbioseâ□□ zwischen dem Unternehmen des Antragstellers und dem Unternehmen des H. M. entstanden. H. M. habe Kunden, die er in seinem eigenen Unternehmen nicht habe übernehmen können, auf den Antragsteller

übertragen. Im Gegenzug habe H. M. vom Antragsteller Aufträge, die H. M. mit seinem Unternehmen allein habe bewÄxltigen kĶnnen erhalten. H. M. habe seine TÃxtigkeit nach eigenem Gutdünken ausführen und frei schalten und walten können. Dies folge insbesondere daraus, dass H. M. das Unternehmen des Antragstellers zuvor als Inhaber allein geführt habe und zum anderen daraus, dass der Antragsteller zu dieser Zeit dort beschĤftigt gewesen sei. H. M. sei vorwiegend als Inhaber seines eigenen Unternehmens tÃxtig gewesen. Im Falle eines Konflikts mit dem Antragsteller habe H. M. wegen seiner ma̸geblichen Stellung in seinem eigenen Unternehmen die Kunden und Mitarbeiter des Antragstellers abziehen kA¶nnen. Damit hAxtten H. M. erhebliche wirtschaftliche EinflussmĶglichkeiten zur Verfļgung gestanden. Zudem hĤtte H. M. als vormaliger Chef des Antragstellers maà geblichen Einfluss auf diesen nehmen können und ihm nicht genehme Weisungen abwenden können. Selbst wenn man zu dem Ergebnis käme, dass für H. M. Sozialversicherungsbeiträge abzuführen wären, so sei jedenfalls von einem Einkommen in Höhe von 1.800 Euro brutto und nicht netto auszugehen.

Mit Bescheid vom 12.05.2021 stellte die Antragsgegnerin fest, dass für H. M. seit 01.08.2016 ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis als Verkehrsleiter/Umzugsleiter gegen Arbeitsentgelt bestehe. Seit 01.08.2016 bestehe Versicherungsfreiheit in der Krankenversicherung, keine Versicherungs- und Beitragspflicht in der Pflegeversicherung, Versicherungs- und Beitragspflicht in der Rentenversicherung sowie Versicherungs- und Beitragspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung.

H. M. sei nicht am Unternehmen beteiligt, also sei allein die Gestaltung der TĤtigkeit fýr die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung relevant. Der Antragsteller habe bei Grþndung seines Unternehmens im Jahr 2016 H. M. Arbeitnehmer und diverse Anlagegüter Ã⅓bernommen. Eine Ausnahme von der Beschäftigtenstellung komme für H.M. nicht in Betracht â∏ mangels Beteiligung am Unternehmen â∏ selbst wenn dieser Geschäfte nach eigenen Gutdþnken habe führen können. Aus der Tatsache, dass H. M. Ã⅓ber die für die Leitung der Verkehrstätigkeiten/Umzüge des Unternehmens erforderlichen Branchenkenntnisse verfügt habe, könne keine selbständige Tätigkeit abgeleitet werden.

Die Wahl der Arbeitszeit/des Arbeitsortes erfahre nicht nur in den FĤllen eine EinschrĤnkung, in denen die Vorgaben durch den Arbeitgeber erfolgten, sondern auch, wenn der zeitliche/Ķrtliche Rahmen durch die geregelten GeschĤftszeiten des Unternehmens oder durch die Verfļgbarkeit der Arbeitsmittel bestimmt werde. Die EinschrĤnkung bestehe selbst dann, wenn der beschĤftigten Person die freie Gestaltung der Arbeitszeit oder des Arbeitsortes vertraglich überlassen werde, diese GestaltungsmĶglichkeit jedoch durch den genannten zeitlichen oder Ķrtlichen Rahmen faktisch begrenzt seien.

Fýr H. M. bestehe die Verpflichtung, seine Leistung persönlich zu erbringen. Er hatte den Antragsteller bei persönlicher Verhinderung zu informieren, damit die anstehenden Aufgaben anderweitig erledigt werden könnten. H. M. ersetze eine fremde Arbeitskraft, sei in die betrieblichen Abläufe des Antragstellers eingebunden und unterliege dem Direktionsrecht des Antragstellers als

Auftraggeber. Die von H. M. erbrachten Arbeitsleistungen würden sich nicht von denen abhängig Beschäftigter unterscheiden. Vergleichbare Arbeitgeber lieÃ☐en entsprechende Tätigkeiten regelmäÃ☐ig durch versicherungspflichtige Arbeitnehmer verrichten. Dabei sei nicht maÃ☐gebend, ob das Weisungs- und Direktionsrecht des Arbeitgebers laufend ausgeübt werden. Entscheidend sei vielmehr, dass der Arbeitgeber die Rechtsmacht habe, die Durchführung der Beschäftigung entscheidend zu bestimmen.

Die Möglichkeit, Aufträge anzunehmen oder abzulehnen, sei grundsätzlich ein Indiz für das Vorliegen einer selbständigen Tätigkeit. Jedoch seien auch im Rahmen abhängiger Beschäftigungsverhältnisse Vertragsgestaltungen nicht unüblich, die es weitgehend dem Arbeitnehmer überlieÃ□en, ob er im Anforderungsfall tätig werden wolle oder ein konkretes Angebot ablehne. Mit Annahme der Aufträge habe sich H. M. dem Weisungsrecht des Antragstellers als Inhaber unterworfen.

Angesichts der Zahlung fester Bezüge statt einer erfolgsorientierten Abrechnung trage der H. M. kein â∏ ein die selbständige Tätigkeit kennzeichnendes â∏ Unternehmerrisiko, das nur dann gegeben sei, wenn der Einsatz von Kapital oder der eigenen Arbeitskraft auch mit der Gefahr des Verlustes verbunden sei. ̸berstunden würden mit 18 Euro vergütet und der Grundlohn belaufe sich auf 1.800 Euro monatlich. Es sei davon auszugehen, dass somit eine Arbeitszeit von 100 Stunden monatlich vergýtet werde. Ein Kapitaleinsatz in nennenswertem Umfang erfolge nicht bzw. sei für dieses Vertragsverhältnis nicht von Nöten. Da die TÄxtigkeit des H. M. weder den Einsatz eigenen Kapitals noch eigener Betriebsmittel erfordere, trage H. M. kein unternehmerisches Risiko. Auch die Tätigkeit für mehrere Auftraggeber schlieÃ∏e das Vorliegen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses nicht zwangsläufig aus. Auch abhängig Beschäftigte können mehrere Beschäftigungsverhältnisse gleichzeitig eingehen. Es sei vielmehr für jedes Vertragsverhältnis im Einzelnen festzustellen, ob die TÄxtigkeitsmerkmale eines abhÄxngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses oder einer selbstĤndigen TĤtigkeit ļberwiegen. Dass die ausgeļbte TĤtigkeit des H. M. im Unternehmen des Antragstellers möglicherweise von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sei, habe keine Auswirkung auf die versicherungsrechtliche Beurteilung. Die blo̸e Anmeldung eines Gewerbes sei für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung unerheblich. Sie sage über den Status einer Beschäftigung nichts

Zur Ermittlung der Berechnungsgrundlage der BeitrĤge seien die Daten der elektronisch unterstützten Betriebsprüfung und die in den Buchhaltungsunterlagen gebuchten Beträge als Beitragsbemessungsgrundlage herangezogen worden. Eine Netto-Brutto-Hochrechnung sei nicht erfolgt.

Dagegen lie \tilde{A} der Antragsteller am 14.06.2021 Widerspruch erheben und vortragen, H. M. sei nicht am Unternehmen des Antragstellers beteiligt. Beide Unternehmen h \tilde{A} xtten voneinander profitiert, da sie sich gegenseitig Auftr \tilde{A} xge \tilde{A} 4berlassen h \tilde{A} xtten, die das eine oder andere Unternehmen nicht habe selbst habe ausf \tilde{A} 4hren k \tilde{A} 9nnen.

H. M. habe hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Art und Weise der Leistungserbringung frei schalten und walten kĶnnen. Zwar habe H. M. seine Leistungen persönlich erbringen müssen und habe den Antragsteller bei seiner Verhinderung regelmäÃ∏ig informieren mÃ⅓ssen. Jedoch hätten auch Subunternehmer ihre Verhinderung anzuzeigen.

H. M. habe die Möglichkeit gehabt, AuftrÃxge abzulehnen. Er habe Ãxber ein Unternehmerrisiko verfÃxgt. H. M. habe Ãxberwiegend sein eigenes Unternehmen mit eigenem Kundenstamm betrieben und sei deshalb vom Antragsteller nicht wirtschaftlich abhÃxngig gewesen.

Die Gewerbeanmeldung des H. M. sei ein Indiz für dessen selbständige Tätigkeit.

H. M. habe gegenüber den Mitarbeitern des Antragstellers keine Weisungsbefugnis gehabt. Der Antragsteller habe H. M. keine Arbeitsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt.

Eine Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung scheitere schon daran, dass H. M. ļberwiegend selbstĤndig tĤtig gewesen sei. Gleiches gelte fļr die Umlage nach dem Lohnfortzahlungsgesetz fļr Krankheitsaufwendungen, Mutterschutzaufwendungen und das Insolvenzgeld.

SchlieÃ□lich sei die Berechnung der Beiträge nicht nachvollziehbar. Beiträge für das Jahr 2016 und 2017 seien bereits verjährt. Es werde die Einrede der Verjährung erhoben.

Mit Widerspruchsbescheid vom 22.03.2022 wies die Antragsgegnerin den Widerspruch zur \tilde{A}^{1} /4ck. Dort f \tilde{A}^{1} /4hrte die Antragsgegnerin erg \tilde{A} ×nzend zu ihren Ausf \tilde{A}^{1} /4hrungen im Bescheid vom 12.05.2021 aus, dass H. M. innerhalb der R \tilde{A} ×umlichkeiten des Unternehmens des Antragstellers die zur Aus \tilde{A}^{1} /4bung der T \tilde{A} ×tigkeit notwendigen Betriebsmittel (B \tilde{A}^{1} /4roausstattung) kostenlos zur Verf \tilde{A}^{1} /4gung gestellt worden seien. Die Bereitstellung der Arbeitsmittel sei ein Indiz f \tilde{A}^{1} /4r die Einbindung in eine fremde Betriebsstruktur.

Bei den Rechnungen des H. M. lasse sich kein Zusammenhang mit der TĤtigkeit des H. M. als Verkehrsleiter des Unternehmens des Antragstellers herstellen. Diese wýrden die Abrechnung diverser Aufwendungen im Zusammenhang mit durchgeführten Umzugsarbeiten wie Lkw-Einsätze, Tankkosten etc. des Beigeladenen aufführen. Die von H. M. für den Antragsteller erbrachte Leistung sei personenbezogen unter dem Namen des H. M. als Lohn/Gehalt abgerechnet worden. Daraus lasse sich schlieÃ□en, dass die Vergütung ihm für seine Tätigkeit direkt zugeflossen sei und damit nicht die Ã□bernahme von Aufträgen seines Unternehmens M1. für das Unternehmen des Antragstellers in Rechnung gestellt worden sei.

Der zwischen dem Antragsteller und H. M. geschlossene schriftliche Vertrag sei nicht vorgelegt worden.

Allein aus der Möglichkeit, fÃ $\frac{1}{4}$ r sich Werbung zu betreiben, könne auch nicht eine selbstÃxndige TÃxtigkeit abgeleitet werden.

Eine Gewerbeanmeldung dokumentiere lediglich, dass sich der Gewerbetreibende gegenýber Dritten als Gewerbebetreibender bezeichnen dürfe. Das Gewerbeamt prüfe bei einer Anmeldung nicht den sozialversicherungsrechtlichen Status

Die Tatsache, dass H. M. in seiner eigenen Firma hauptberuflich selbstĤndig sei, sei insofern berĽcksichtigt worden, als wegen hauptberuflicher TĤtigkeit keine BeitrĤge zur Kranken- und Pflegeversicherung nachgefordert werden wľrden.

Die VerjĤhrung sei für die Dauer einer Prüfung beim Arbeitgeber gehemmt. Die Hemmung beginne mit dem Tag des Beginns der Prüfung beim Arbeitgeber oder bei der vom Arbeitgeber mit der Lohn- und Gehaltsabrechnung beauftragten Stelle und ende mit der Bekanntgabe des Beitragsbescheides. Da die Betriebsprüfung am 11.11.2020 begonnen habe, seien die Beiträge ab 01.01.2016 noch nicht verjährt.

Dagegen erhob die ProzessbevollmÃxchtigte des Antragstellers am 19.04.2022 Klage und beantragte,

die aufschiebende Wirkung der Klage gegen den Bescheid vom 12.05.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.03.2022 anzuordnen.

Es bestehe keine Nachforderung in Höhe von 22.912,78 Euro gegenüber dem Antragsteller, da zwischen diesem und H. M. gerade kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gegen Arbeitsentgelt bestanden habe. Auf Grund der Corona-Lage und den damit einhergehenden bzw. bisherigen Einschränkungen habe der Antragsteller sein Unternehmen zwischenzeitlich umstrukturiert. Ein Betrag in Höhe von mehr als 20.000 Euro sei für ihn eine erhebliche Belastung. Sollte die aufschiebende Wirkung bzw. Stundung abgelehnt werden, so sei fraglich, ob der Antragsteller den Betrag, insbesondere in einer Summe, aufbringen könne.

Zur Ergänzung des Sachverhalts wird auf den Inhalt der Gerichtsakten (S 47 BA 80/22,

<u>S 47 BA 76/22 ER</u>) sowie den der beigezogenen Verwaltungsakte der Antragsgegnerin verwiesen.

Â

11.

Der Antrag vom 19.04.2020 auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage vom 19.04.2022 gegen den Bescheid vom 12.05.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.03.2022 wird abgelehnt.

Nach § 68 b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG kann das Gericht der Hauptsache in den Fällen, in denen die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat, diese ganz oder teilweise anordnen. Die aufschiebende Wirkung entfällt gemäÃ∏ § 86 a Abs. 2 Nr. 1 SGG bei Entscheidungen þber Beitragspflichten und die Anforderung von Beiträgen sowie der darauf entfallenden Nebenkosten einschlieÃ∏lich der Säumniszuschläge. Die Entscheidung, ob die aufschiebende Wirkung ausnahmsweise durch das Gericht angeordnet wird, erfolgt auf Grund einer umfassenden Abwägung des Suspensivinteresses des Antragstellers einerseits und des öffentlichen Interesses an der Vollziehung des Verwaltungsaktes andererseits. Im Rahmen dieser Interessenabwägung ist in Anlehnung an § 86 a Abs. 3 Satz 2 SGG zu berücksichtigen, in welchem AusmaÃ∏ Zweifel an der RechtmäÃ∏igkeit des angegriffenen Verwaltungsaktes bestehen oder ob die Vollziehung fþr den Antragsteller eine unbillige und nicht durch þberwiegende öffentliche Interessen

gebotene HÃxrte zur Folge hÃxtte.

Nach § 86 a Abs. 2 Nr. 1 SGG ist das Vollzugsrisiko bei Beitragsbescheiden grundsätzlich auf den Adressaten verlagert. Daher können nur solche Zweifel an der RechtmäÃ□igkeit des Bescheides ein überwiegendes Suspensivinteresse begründen, die einen Erfolg des Rechtsbehelfs in der Hauptsache, hier der Anfechtungsklage, zumindest überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen. Hierfür reicht es nicht schon aus, dass in der Hauptsache möglicherweise noch ergänzende Tatsachenfeststellungen zu treffen sind. MaÃ□gebend ist vielmehr, ob nach der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Eilentscheidung mehr für als gegen die Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheides spricht.

Nach diesen MaÃ□stäben ist die aufschiebende Wirkung der Klage in der Hauptsache nicht anzuordnen, da weder überwiegend wahrscheinlich ist, dass sich die Klage gegen den Bescheid der Antragsgegnerin vom 15.05.2021 als begrþndet erweisen wird, noch der Antragsteller glaubhaft gemacht hat, dass die Vollziehung des Verwaltungsaktes eine unbillige und nicht durch Ã⅓berwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hat.

Nach derzeitiger Erkenntnislage ist nicht $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berwiegend wahrscheinlich, dass sich der Betriebspr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ fungsbescheid der Antragsgegnerin vom 12.05.2021 im Hauptsachverfahren als rechtswidrig erweisen wird. Im Rahmen der gebotenen summarischen \tilde{A}_{1}^{-} berpr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ fung des Streitgegenstandes ergeben sich f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das erkennende Gericht keine Anhaltspunkte f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine offensichtliche bzw. ohne weiteres erkennbare Rechtswidrigkeit des streitgegenst \tilde{A}_{1}^{-} ndlichen Bescheids vom 12.05.2021. Vielmehr erscheint der Ausgang in der Hauptsache offen, zumal im Rahmen des Klageverfahrens noch weitere Sachverhaltsermittlungen anzustellen sind. Ein Obsiegen des Antragstellers in der Hauptsache ist damit nicht wahrscheinlicher als sein Unterliegen.

Darüber hinaus wurde eine unbillige und nicht durch das überwiegende öffentliche Interesse gebotenen Härte für den Antragsteller durch die sofortige Vollziehung des streitgegenständlichen Bescheides nicht ausreichend glaubhaft gemacht.

Allein die mit der Zahlung auf eine Beitragsforderung fÃ $\frac{1}{4}$ r den Antragsteller verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen fÃ $\frac{1}{4}$ hren nicht zu einer solchen HÃ α rte, da sie lediglich Ausfluss der ErfÃ $\frac{1}{4}$ llung gesetzlich auferlegter Pflichten sind. Eine beachtliche HÃ α rte in diesem Sinn ist regelmÃ α Ã β ig nur dann gegeben, wenn es dem Beitragsschuldner gelingt, darzustellen, dass das Beitreiben der Forderung aktuell die Insolvenz und/oder die Zerschlagung seines Gesch α rtsbetriebes zur Folge h α rte, die Durchsetzbarkeit der Forderung bei einem Abwarten der Hauptsache aber zumindest nicht weiter gef α rhrdet w α re als zur Zeit. Der Beitragsschuldner m α reste darlegen und glaubhaft machen, ob er bei Fortsetzung seines Gesch α rftsbetriebes unter Einhaltung aller rechtlichen Bestimmungen in der Lage ist, derart rentabel zu wirtschaften, dass die noch offene Beitragsforderung in α reschaubarer Zeit beglichen werden kann. Dies ist hier jedoch nicht geschehen.

Darýber hinaus liegt eine begehrte gerichtliche Aufschiebungsanordnung rechtfertigende unbillige Härte nicht vor, wenn die Vollziehung der Beitragsforderung durch den Abschluss von Raten- und Stundungsvereinbarungen mit der betroffenen Einzugsstelle abgewendet werden kann. Nach Lage der Akten ist jedoch nicht ersichtlich, dass sich der Antragsteller bereits an die Einzugsstelle gewendet hat.

Der Antrag auf einstweiligen Rechtschutz konnte daher keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 197 a Abs. 1 Satz 1 SGG i. V. m. \hat{A} § 154 Abs. 1 VWGO.

Bei der Höhe des Streitwerts wird von der geltend gemachten Forderung reduziert auf ein Viertel für das Verfahren des vorläufigen Rechtschutzes ausgegangen (§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG) i. V. m. \hat{A} §Â§ 53 Abs. 3 Nr. 4, 52 Abs. 1 GKG).

Â

Â

Â

Â

Erstellt am: 10.08.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024